

Endspiel um den Euro

Zur Rettung der Währungsunion hat die Politik nur noch einen Schuss

Von Marc Beise

Das Ringen um den Euro ist in ein finales Stadium eingetreten. Es geht nicht mehr um die Frage, wie Griechenland zu helfen ist, wie sehr Deutschland für andere Länder zahlen muss, wie teuer die Staatsschuldenkrise überhaupt wird - es geht jetzt um alles oder nichts.

Wer das nicht glaubt, muss nur in die Märkte hineinhören, also mit den Menschen sprechen, die entscheiden, welche Wertpapiere die Banken, Versicherungen, Fonds kaufen, die großen Kapitalsammelstellen also, bei denen Hunderte Millionen Kleinsparer weltweit ihr Geld angelegt haben. Deren Akteure beschäftigen sich nicht mehr mit dem Thema, wer Griechenland finanziert oder ob Italien aus der Krise findet.

Jetzt, in diesen letzten Novembertagen des Jahres 2011, geht es darum, ob der Euro insgesamt überlebt. Erste Händler ziehen ihr Geld nicht nur aus Griechenland, Italien, Spanien ab, sondern aus Europa. In London und an der Wall Street werden Pläne gemacht, wie die Welt ohne Euro aussehen könnte. Das Endspiel hat begonnen.

Zu viel Dramatik? Wohl nicht.

Zwar: Wenn die Europäische Währungsunion scheitert, geht die Welt nicht unter; es ist kein Fall von Krieg und Frieden. Wohl aber sind Turbulenzen mit schwersten wirtschaftlichen und politischen Folgen zu erwarten. Ohne die Währungsunion kommt auch der europäische Einigungsprozess zum Stillstand. Eine Renationalisierung Europas aber wäre das Letzte, was sinnvoll wäre angesichts des weltweiten Trends zu mehr Kooperation und Integration und angesichts der globalen politischen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen. So wenig einem die aktuelle Situation behagen mag - ein Ende des Projekts Euro sollte sich besser niemand wünschen.

Wenn diese Analyse stimmt und wenn die Lage an den Märkten so ist wie beschrieben, dann darf die Politik jetzt keinen Fehler mehr machen, dann hat sie noch genau einen Schuss frei. Das ist die historische Aufgabe, die den Regierenden in Europa zukommt, personifiziert durch Angela Merkel, deren große Zeit womöglich erst kommt. Während die Kanzlerin in Deutschland unter Dauerbeschuss steht, wird sie außerhalb Europas wahrgenommen als Führungsperson - wie auch Deutschlands Rolle in Europa sich fundamental verändert. In der Euro-Krise hängt mittlerweile alles an Deutschland. Die Bundesrepublik könnte in Europa wirtschaftlich das werden, was Amerika immer noch für die Welt ist: unvollkommene, ungeliebte, aber entscheidende Macht. Jetzt muss Deutschland führen, und Merkel ist dazu bereit. Sie hat dabei gemeinsam mit den Euro-Partnern genau drei Möglichkeiten.

Erstens könnten die Politiker darauf vertrauen, dass die unabhängige Europäische Zentralbank das große Liquiditätsversprechen abgibt, so wie dies die Notenbanken in USA und Großbritannien getan haben: Wir drucken Geld notfalls ohne Ende, bis der Markt zufrieden ist. Der Aufkauf von Anleihen, die am Markt niemand mehr will, in Höhe von bereits mehr als 200 Milliarden Euro wäre dann nur der Anfang auf einem Weg, der in Inflation münden wird.

Zweitens könnten die Staaten Euro-Bonds einführen, also gemeinschaftliche Staatsanleihen, was letztlich eine Vergemeinschaftung der Schulden ist. Das aber wäre das Signal an die Schuldnerstaaten, weiterzumachen wie bisher. Die Hoffnung auf spätere, freiwillige Reformen hat schon bei der Einführung des Euro getrogen, warum sollte es jetzt funktionieren? Um den Preis, dass die Märkte wieder anspringen, verlagerte man die Probleme in die Zukunft - sie würden doppelt und dreifach zurückkommen.

Also spricht alles für den dritten Weg: erst sparen, dann retten. Das ist der Weg von Angela Merkel, der anspruchsvollste. Gefordert sind Verhandlungsgeschick, starke Nerven, guter Wille, nackte Not, Vertrags- und Verfassungsänderungen. Aber am Ende könnte eine stabilitätsorientierte Euro-Gruppe mit hartem Sanktionsmechanismus stehen. Der Gipfel von Straßburg in dieser Woche war ein Anfang - wenn es Berlin und Paris nicht bei Ankündigungen belassen. Die wirtschaftsstarke Deutschen können den Euro retten, aber sie müssen dann auch die Bedingungen diktieren. Damit macht man sich nicht beliebt, aber für Zurückhaltung fehlt die Zeit.

Insgesamt 800 Milliarden Euro müssen 2012 im Euro-Raum neu finanziert werden. Wenn die Politik nicht rasch Vertrauen bildet, dann steht irgendwann im kommenden Jahr das Finanzsystem still, mit dramatischen Folgen für die Realwirtschaft und das tägliche Leben - auch im reichen Deutschland.